

# Kindergeld wird erhöht

Landtag für Teuerungsausgleich – Rückwirkende Einführung per Anfang Jahr

**VADUZ** – Der Landtag hat sich gestern einstimmig für die Initiative der FBP zur Erhöhung der Kinderzulagen ausgesprochen. Die Zulagen werden dadurch um rund 10 Prozent erhöht – was ungefähr der Teuerung seit der letzten Erhöhung entspricht. Zudem hat der Landtag beschlossen, dass der Teuerungsausgleich rückwirkend per Anfang Jahr in Kraft treten soll.

• Tino Quaderer

Regierungschef Otmar Hasler hat das Jahr 2007 unlängst zum Jahr der Familienpolitik erklärt. Gestern hat der Landtag auf Initiative der FBP ein erstes Zeichen in diese Richtung gesetzt.

## Gegen Kaufkraftverlust

Über den eigentlichen Inhalt der Initiative wurde gestern im Landtag nicht mehr im Detail diskutiert. Schliesslich war das Anliegen der Initianten – den Familien durch den Teuerungsausgleich den in den letzten sechs Jahren entstandenen Kaufkraftverlust beim Kindergeld auszugleichen – bereits in der ersten Lesung unumstritten. Anlass zu Diskussionen bot gestern einzig die Frage nach dem Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Teuerungsausgleichs.

## Rückwirkend per Anfang Jahr

So stellte Günther Kranz (VU) Antrag, die Erhöhung rückwirkend per Anfang Jahr in Kraft zu setzen. Dem entgegnete Rudolf Lampert (FBP), der selbst zum Kreis der Initianten des Teuerungsausgleichs zählt, dass eine rückwirkende Einführung seitens der AHV zu Prob-

FOTO PAUL TRIMMER



Rudolf Lampert und Alois Beck (beide FBP): Zwei der Initianten des Teuerungsausgleichs beim Kindergeld.

lemen respektive zu administrativem Mehraufwand führen könnte. So habe ihm die AHV auf Anfrage mitgeteilt, dass es bei Personen, die zwischenzeitlich nicht mehr im Land wohnen oder arbeiten, einen gewissen Aufwand bedeuten würde, diese Personen zu lokalisieren, um ihnen für 2007 den rückwirkenden Teuerungsausgleich beim Kindergeld auszusahlen. Günther Kranz wiederum führte an, dass ihm von der AHV anderslautende Auskünfte erteilt wurden, nämlich dass eine rückwirkende Einführung keinen grösseren administrativen Mehraufwand darstelle.

Angesichts der widersprüchlichen Informationen waren sich die Abgeordneten dann aber einig,

im Interesse der Familien den Teuerungsausgleich rückwirkend per Anfang Jahr auszusahlen. Der entsprechende Antrag fand mit 20 Stimmen eine Mehrheit. Die Schlussabstimmung schliesslich über die Einführung des Teuerungsausgleichs fiel einhellig aus.

## Rund 10 Prozent mehr Geld

Als Folge der FBP-Initiative und der positiven Beschlussfassung im Landtag werden die Kinderzulagen für 2007 von 260 respektive 310 Franken (ab dem vollendeten 10. Lebensjahr) auf künftig 280 respektive 330 Franken monatlich erhöht. Zusätzlich wird die Alleinerziehendenzulage von derzeit 100 auf 110 Franken angehoben. Eine

weitere Erhöhung betrifft die Geburtenzulage, die von 2100 respektive 2600 Franken bei Mehrlingsgeburten auf 2300 respektive 2800 Franken steigt.

Dies führt bei der Familienausgleichskasse (FAK) zu Mehrausgaben in der Höhe von rund 3 Mio. Franken jährlich. Diese Mehrkosten können indes durch die Kapitalerträge gedeckt werden. So hat die FAK im Jahr 2005 einen Überschuss von 5,6 Mio. Franken erzielt. Die FAK leistet insgesamt Zahlungen in der Höhe von 46,75 Mio. Franken an rund 12 500 Kinder. Davon wohnen zirka 60 Prozent in Liechtenstein sowie 40 Prozent im vorwiegend benachbarten Ausland.

# Vereine wirkungsvoll entlastet

## Einführung einer Spesenpauschale für Vereine beschlossen

**VADUZ – Freiwillige und ehrenamtliche Arbeit wird mit der Einführung einer Spesenpauschale künftig bis maximal 4200 Franken pro Jahr von der Entrichtung von Sozialleistungen und Steuern befreit. Für die Vereine bedeutet dies vordergründig eine administrative Erleichterung.**

• Holger Franke

Einhellige Zustimmung der Abgeordneten für die Postulatsbeantwortung der Regierung betreffend der Förderung der Ehrenamtlichkeit und der Freiwilligenarbeit: Vereine und Organisationen mit Sitz in Liechtenstein, die einen ideellen Zweck verfolgen und nicht gewinnorientiert sind, können eine maximale Spesenpauschale von 4200 Franken pro Jahr auszahlen, ohne dass diese der AHV-IV-FAK-pflichtig sind.

Regierungsrat Hugo Quaderer betonte, dass in intensiven Gesprächen eine Lösung gefunden wurde, die sowohl von der AHV-IV-FAK und der Steuerverwaltung mitgetragen wird. Mit der Einführung einer maximalen Spesenpauschale von 4200 Franken pro Jahr



FOTO PAUL TRIMMER

**Freiwilligenarbeit sei ein Bindeglied und sei nicht selbstverständlich, betonte der stellvertretende FBP-Landtagsabgeordnete Adrian Gstöhl.**

werden die Vereine und Organisationen von der Verpflichtung zum Nachweis der entstandenen Unkostenbeiträge befreit.

### Bindeglied der Gesellschaft

Abgeordnete aller Parteien betonten noch einmal die Wichtigkeit von Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit für Liechtenstein. «Freiwilligenarbeit ist ein Bindeglied der Gesellschaft und sie ist nicht selbstverständlich», sagte der stell-

vertretende FBP-Landtagsabgeordnete Adrian Gstöhl und sprach sich dafür aus, die Bedingungen für Freiwilligenarbeit weiter zu optimieren. Gstöhl regte an, dass sich Arbeitsgruppen oder Diplomarbeiten mit der Thematik beschäftigen sollten.

«Ohne ehrenamtlich und freiwillig Tätige wäre unser Land heute ärmer. Vieles würde wahrscheinlich nicht bestehen, wenn es keine ehrenamtliche Arbeit geben würde», sagte

der FBP-Abgeordnete Peter Lampert. Der VU-Abgeordnete Heinz Vogt sprach sich ebenfalls für eine grundlegende Analyse des Ist-Zustandes der Ehrenamtlichkeit und der Freiwilligenarbeit in Liechtenstein aus. Er begrüßte die gefundene Lösung, für die keine Gesetzesänderung notwendig ist. Damit sei für die Vereine eine Grundlage gefunden worden. Der bisherige administrative Aufwand war ein «Kleines aber für manchen Verein wichtiges Problem», so Vogt.

ANZEIGE

**AUGRENIER**  
home interiors

Innendekoration  
Wohnberatung  
Accessoires

Landstrasse 249  
FL-9495 Triesen  
Tel. +423 392 11 88  
Info@augrenier.li